

Wir haben die am 16.11.2018 vom US-Außenministerium verbreitete gemeinsame Erklärung zur Strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine übersetzt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 153/18 – 03.12.18

Gemeinsame Erklärung zur Strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine

U.S. Department of State, Büro des Sprechers

Washington, am 16. November 2018

(<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2018/11/287421.htm>)

Der Text der folgenden Erklärung wurde von den Regierungen der USA und der Ukraine veröffentlicht – anlässlich des Treffens der Kommission zur strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine im Jahr 2018 in Washington D.C.

US-Außenminister Mike Pompeo und der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pawlo_Klimkin) haben sich am 16. November 2018 in Washington D.C. bei einer Plenarsitzung der Kommission zur strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine getroffen. Die Plenarsitzung fand anlässlich des zehnten Jahrestages der Beurkundung der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine statt; die Gründungsurkunde enthält die Grundsätze, auf denen die Beziehungen zwischen unseren beiden Demokratien beruhen. Die Plenarsitzung bot auch Gelegenheit, die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine zu konkretisieren, die von den Präsidenten Trump und Poroschenko (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Petro_Poroschenko) bei ihrem vorhergehenden bilateralen Treffen skizziert worden war.

Mit der Revolution der Würde im Jahr 2014 hat das ukrainische Volk seinen Willen bekundet, in einem modernen, demokratischen, europäischen Staat leben zu wollen, der frei von Korruption und ausländischer Kontrolle ist. Seither haben die USA mehr als 2,8 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern zur Verfügung gestellt und Darlehen in Höhe von 1 Milliarde Dollar gewährt, um der Ukraine bei der Verteidigung ihres Territoriums und der Durchführung von Reformen zu helfen. Die USA werden sich auch weiterhin für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einsetzen.



Kartenausschnitt entnommen aus Google

Die Außenminister Pompeo und Klimkin erinnerten daran, dass die Zusammenarbeit zwischen den USA und der Ukraine auf gemeinsamen Interessen und Werten beruht, zu de-

nen die Demokratie, die wirtschaftliche Freiheit und der Wohlstand, die Souveränität und die territoriale Integrität, die Energiesicherheit, die Respektierung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit gehören. Sie haben beschlossen, drei neue bilaterale Arbeitsgruppen zu bilden – zur Sicherheit und Abwehr der russischen Aggression, zu rechtlichen und humanitären Problemen und zur Wirtschaft und Energie. Diese Arbeitsgruppen werden sich regelmäßig treffen, um über Angelegenheiten von gegenseitigem Interesse und die Durchsetzung gemeinsamer Ziele zu sprechen. Im Rahmen der Sitzung der Kommission zur strategischen Partnerschaft im Jahr 2018 fanden auch Eröffnungssitzungen aller drei Arbeitsgruppen statt.

Sicherheit und Abwehr der russischen Aggression

Beide Seiten haben die Notwendigkeit hervorgehoben, angesichts der russischen Aggression die Widerstandskraft der Ukraine zu stärken; **außerdem haben sie die Bedeutung des Minsker Abkommens im Hinblick auf die Beendigung der russischen Aggression betont und nochmals herausgestellt, dass die Kontrolle der Ukraine über alle derzeit von Russland besetzten und kontrollierten ukrainischen Territorien wieder hergestellt werden muss – sowohl auf der Krim als auch in den Gebieten um Donezk und Luhansk.**

Beide Seiten sind der Meinung, dass eine internationale Sicherheitstruppe mit UN-Mandat in den von Russland kontrollierten Gebieten im Donbass und an der ukrainisch-russischen Grenze stationiert werden sollte, um die notwendigen Sicherheitsvoraussetzungen für die volle Umsetzung des Minsker Abkommens zu schaffen.

Die USA haben die von Außenminister Pompeo am 25. Juli (2018) abgegebene Erklärung wiederholt, dass sie die Annexion der Krim durch Russland nicht akzeptieren werden.

Die USA verurteilten die aggressiven Aktionen Russlands gegen die internationale Schifffahrt im Schwarzen Meer, im Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch und die Behinderung der Zufahrt zu ukrainischen Häfen. Beide Seiten werfen Russland vor, mit aggressiven Aktivitäten im Asowschen Meer die Sicherheit zu bedrohen, sowie wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme in und an beiden Meeren zu schaffen.

Die USA haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, die aufgrund der russischen Aggression gegen Russland verhängten Sanktionen so lange fortzusetzen, bis Russland das Minsker Abkommen voll erfüllt und die Krim an die Ukraine zurückgibt.



Die Krim-Brücke
.... (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Krim-Br%C3%BCcke>)

Die USA unterstützen die am 4. Oktober (2018) erfolgte Verlängerung des ukrainischen Sondergesetzes für die selbstverwalteten Gebiete Donezk und Luhansk (s. <https://www.contra-magazin.com/2018/10/ukraine-diskriminierendes-sprachgesetz/?cn-reloaded=1>), begrüßen die vielen von der Ukraine unternommenen Schritte zur Umsetzung des Minsker Abkommens und fordern Russland auf, auch selbst die mit diesem Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die USA und die Ukraine fordern die sofortige Freilassung aller in Russland unrechtmäßig inhaftierten politischen Gefangenen aus der Ukraine

und aus den besetzten ukrainischen Territorien, darunter Oleg Sentsov, Oleksandr Kolchenko, Volodymyr Balukh, Server Mustafaiev, Emir-Usein Kuku und viele andere.

Beide Seiten lehnen die illegalen "Wahlen" ab, die am 11. November im von Russland kontrollierten Donbass stattgefunden haben, weil sie gegen das auch von Russland unterzeichnete Minsker Abkommen und die Resolution 2202 (s. https://www.securitycouncilreport.org/wp-content/uploads/s_res_2202.pdf) des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahr 2015 verstoßen.

Beide Seiten haben sich dazu entschlossen, ihre robuste Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen auch 2019 fortzusetzen – bei der Verhinderung russischer Einflussnahme auf Wahlen, durch gemeinsame Militärmanöver und bei der Cyber-Sicherheit.

Beide Seiten wollen ihre militärisch-technische Zusammenarbeit ausbauen und die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine durch Ausweitung der US-Militärhilfe stärken.

Die USA und die Ukraine haben die Bedeutung des Budapester Memorandums vom 5. Dezember 1994 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Budapester_Memorandum) hervorgehoben und fordern Russland auf, sich an die darin zugesicherte Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zu halten.

Die Ukraine versicherte nochmals, dass die NATO-Mitgliedschaft, die auch ein kürzlich beschlossenes Gesetz (s. <https://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1355840/>) vorsieht, höchste strategische Priorität für sie hat. Die USA begrüßen den Wunsch der Ukraine, der NATO beitreten zu wollen, dem nach dem Bukarester Memorandum von 2008 nichts im Wege steht, und freuen sich auf den Tag, an dem sie die Ukraine in diesem Bündnis willkommen heißen können. Die USA bestätigten erneut, dass sie die Bemühungen der Ukraine um Reformen im Sicherheitsbereich, die das Gesetz über die nationale Sicherheit vorsieht, unterstützen wollen, und würdigten den ständigen Beitrag der Ukraine zu internationalen Friedens- und Sicherheitsmissionen rund um den Globus.

Rechtliche und humanitäre Probleme

Die USA und die Ukraine heben hervor, dass die Sicherung einer europäischen Zukunft der Ukraine und der Schutz des Landes vor schädlichen russischen Einflüssen weitere Reformen und starke demokratische Einrichtungen erfordern – insbesondere eine freie Presse, eine aktive Zivilgesellschaft und eine unabhängige richterliche Gewalt, die gerechte Urteile gewährleistet.

Die Ukraine verpflichtet sich dazu, ihre demokratischen Einrichtungen zu stärken, insbesondere durch freie, faire und sichere Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2019, die internationalen Standards entsprechen, und hofft auf internationale Unterstützung.

Die USA begrüßen die Absicht der Ukraine, die umfassende Reform ihres Straf- und Strafverfolgungsrechts fortzusetzen und damit die Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine zu stärken. Die USA haben der Ukraine empfohlen, ein unabhängiges Gericht zur Korruptionsbekämpfung einzusetzen, das darüber wacht, dass die Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds / IWF und anderer internationaler Institutionen auch in der Ukraine beachtet werden. Die Ukraine hat ihre Bereitschaft zur Einsetzung eines solchen Gerichtshofes nochmals bekräftigt.

Beide Seiten haben die Notwendigkeit hervorgehoben, den Bürgern mehr Freizügigkeit zu gewähren und ihren Zugang zu Dienst- und humanitären Hilfsleistungen der Regierung zu verbessern – auch in den Territorien, die derzeit von Russland kontrolliert oder besetzt sind. Die USA begrüßen die Bemühungen der Ukraine, sich um die Bedürfnisse Vertriebenen zu kümmern, wobei beide Seiten wissen, dass in diesem Bereich noch viel zu tun ist. Beide Seiten betonten, dass alle Ukrainer die gleichen Rechte haben müssen. Außerdem wollen die USA und die Ukraine den Menschenhandel künftig gemeinsam bekämpfen.

Wirtschaft und Energie

Die USA haben nochmals ihre Bereitschaft signalisiert, gemeinsam mit der Ukraine eine freie und prosperierende Wirtschaft entwickeln zu wollen. Die USA haben Unterstützung für die vielen von der Ukraine in Gang gesetzten Wirtschaftsreformen zugesichert und zu weiteren Reformen sowie zur Zusammenarbeit mit dem IWF und anderen Institutionen ermuntert, damit ein starkes, nachhaltiges und umfassendes Wirtschaftswachstum einsetzt. Die USA und die Ukraine haben außerdem die Bedeutung des gemeinsamen Handels- und Investitionsrates der USA und der Ukraine für den bilateralen Handel und weitere Investitionen hervorgehoben und wollen noch vorhandene Handelshemmnisse beseitigen, die Durchführungsbestimmungen straffen und das Geschäftsklima verbessern.

Beide Seiten haben vor, die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Verbesserung des Energiesektors der Ukraine fortzusetzen, um die Wirtschaft der Ukraine zu stabilisieren und die Sicherheit des Landes zu erhöhen. Die Ukraine hat ihre Absicht betont, die eigene Öl- und Gasproduktion ausweiten und ihr Pipeline-System entflechten zu wollen, und begrüßt die beabsichtigte Beteiligung von US-Firmen an diesen Vorhaben sowie an Programmen zur Verbesserung der Energieeffizienz. **Beide Seiten betonten, dass der Gas- transit durch die Ukraine fortgesetzt werden müsse und sind deshalb gegen Energieprojekte, die den auf unterschiedlichen Wegen erfolgenden Gastransport nach Westeuropa und dessen Energieversorgung bedrohen. Insbesondere lehnen die USA und die Ukraine den Bau zusätzlicher russischer Pipelines wie Nord Strom 2 und eine zweite Leitung von TurkStream ab, weil diese die wirtschaftliche und strategische Stabilität der Ukraine gefährden würden.**

Die Außenminister Pompeo und Klimkin freuen sich auf eine weitere Stärkung der Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine und wollen die nächste Sitzung der Kommission zur strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine in Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, abhalten.

(Wir haben die Erklärung komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Die gemeinsame Erklärung der Außenminister der USA und der Ukraine wurde am Freitag, dem 16. November 2018, veröffentlicht. Der von der ukrainischen Marine provozierte Zwischenfall in der Straße von Kertsch fand am Samstag, dem 24. November 2018, statt. (Eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte dieses Vorfalls, die unbedingt gelesen werden sollte, ist aufzurufen unter <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7796/>.)

Deshalb liegt die Vermutung nahe, dass die Provokation vorher zwischen den Regierungen der USA und der Ukraine abgesprochen war, denn ohne Rückendeckung hätte Por-

schenko vermutlich etwas zurückhaltender agiert und das "Pulver", das seine Wiederwahl im Frühjahr 2019 sichern soll, nicht schon jetzt verschossen.

Auch Trump kam die Provokation sehr gelegen. Sie lieferte ihm den Vorwand, das im Rahmen des G20-Gipfels in Argentinien geplante Gespräch mit Putin abzusagen und damit Distanz zu Russland zu demonstrieren, um Sondermittler Mueller keine neue "Munition" für das laufende Untersuchungsverfahren in Sachen "Russiagate" zu liefern.

Aus der gemeinsamen Erklärung wird überdeutlich, dass die Kriegstreiber in den USA und ihre Komplizen in der Ukraine den Konfrontationskurs gegen Russland unbedingt verschärfen wollen. Unter <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/russia-s-provocations-in-the-sea-of-azov-what-should-be-done> hat der Thinktank Atlantic Council u. a. folgende Empfehlungen ausgesprochen:

"Die Ukraine sollte erwägen, die Brücke, die Moskau über die Straße von Kertsch gebaut hat, um die Krim mit Russland zu verbinden, durch eine Spezialoperation zu unterbrechen. Das ist aber nicht alles. Die Ukraine sollte die USA und die NATO bitten, eine Flotte bewaffneter Schiffe zur Abstattung eines Besuches in die Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer zu entsenden, um Russland herauszufordern, damit es die NATO-Schiffe durch eine Blockade oder durch Beschuss daran hindert, einen ukrainischen Hafen anzulaufen und sich damit ins Unrecht setzt. Diese Schiffe sollten bewaffnet sein, Begleitschutz durch Kampffjets bekommen und den Auftrag haben, nur dann zurückzuschießen, wenn sie selbst beschossen werden."

Wer der Atlantic Council ist und wer ihn finanziert, ist nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantic_Council und unter https://lobbypedia.de/wiki/Atlantic_Council.

Der ukrainische Botschafter in Berlin hat die Bundesregierung bereits gebeten, deutsche Kriegsschiffe ins Schwarze Meer zu schicken (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-fordert-im-konflikt-mit-russland-deutsche-kriegsschiffe-an-a-1240469.html>). Noch schrecken Kanzlerin und Außenminister vor einer "militärischen Lösung" zurück (s. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/maas-ueber-ukraine-krise-keine-deutschen-kriegsschiffe-im-schwarzen-meer-15915270.html>). Deshalb ist wohl in Kürze mit weiteren Provokationen zu rechnen.



Joint Statement on U.S.-Ukraine Strategic Partnership

Office of the Spokesperson – Washington, November 16, 2018

The text of the following statement was released by the Governments of the United States of America and Ukraine on the occasion of the 2018 U.S.-Ukraine Strategic Partnership Commission Meeting in Washington, DC.

U.S. Secretary of State Mike Pompeo and Ukrainian Foreign Minister Pavlo Klimkin met November 16, 2018, in Washington, D.C., to hold a plenary session of the U.S.-Ukraine Strategic Partnership Commission. The plenary meeting marked the tenth anniversary of the U.S.–Ukraine Charter on Strategic Partnership, a document that enshrines the principles upon which the relationship between our two democracies is based. The plenary was also an opportunity to work toward implementation of the goals for the U.S.-Ukrainian rela-

tionship as outlined by Presidents Trump and Poroshenko during their previous bilateral meetings.

During the 2014 Revolution of Dignity, the Ukrainian people voiced their desire to live in a modern, democratic, European state, free from corruption and foreign control. Since the Revolution, the United States has provided over \$2.8 billion in assistance and three \$1 billion loan guarantees to help Ukraine defend its territory and implement key reforms. The United States remains steadfast in its support for Ukraine's sovereignty and territorial integrity within its internationally recognized borders.

Secretary Pompeo and Foreign Minister Klimkin reiterated that cooperation between the United States and Ukraine is based on common interests and shared values, including support for democracy, economic freedom and prosperity, sovereignty and territorial integrity, energy security, and respect for human rights and the rule of law. They decided to create three new bilateral working groups focused on Security and Countering Russian Aggression; Rule of Law and Humanitarian Issues; and Economy and Energy. These groups will meet regularly to discuss areas of mutual concern and advance joint objectives. The 2018 Strategic Partnership Commission's meeting featured inaugural sessions of each working group.

Security and Countering Russian Aggression

The two sides underscored the need to continue building Ukraine's resilience in the face of Russian aggression, reaffirmed the importance of the Minsk agreements in ending Russia's aggression, and highlighted the need to restore Ukrainian control over the Ukrainian territories temporarily occupied or controlled by Russia – Crimea and the Donetsk and Luhansk regions.

Both sides decided that a robust UN-mandated international security force in the areas of Donbas controlled by Russia, including the Ukraine-Russia international border, would create the necessary security conditions for the full implementation of the Minsk Agreements.

The United States reiterated its commitment to Secretary Pompeo's July 25 Declaration on the non-recognition of Russia's purported annexation of Crimea.

The United States condemned Russia's aggressive actions against international shipping transiting the Black Sea, the Sea of Azov and the Kerch Strait to Ukrainian ports. Both sides underscored that Russia's aggressive activities in the Sea of Azov have brought new security, economic, social, and environmental threats to the entire Azov-Black Sea region.

The United States confirmed its commitment to maintain sanctions against Russia related to its aggression against Ukraine until Russia fully implements the Minsk agreements and returns Crimea to Ukrainian control.

The United States welcomed Ukraine's prolongation of the law on special order of self-government in certain areas of Donetsk and Luhansk regions on October 4, highlighted the many steps Ukraine has taken to implement the Minsk agreements, and called on Russia to fulfill its commitments under the agreements. The United States and Ukraine demanded the immediate release of all Ukrainian political prisoners unjustly held in Russia and the temporarily occupied territories of Ukraine, including Oleg Sentsov, Oleksandr Kolchenko, Volodymyr Balukh, Server Mustafaiev, Emir-Usein Kuku, and many others.

The two sides condemned the illegal so-called "elections" in Russia-controlled Donbas on November 11. The sides reiterated these sham elections, orchestrated by Russia, contra-

vene Russia's commitments under the Minsk agreements and flout UNSC Resolution 2202 (2015).

Both sides noted with satisfaction that robust security cooperation would continue in 2019, including assistance to counter Russian election meddling, joint training exercises, and cybersecurity cooperation.

The parties decided to further strengthen military-technical cooperation and welcomed the U.S. provision of military assistance, which will help build Ukraine's long-term defensive capacity.

The United States and Ukraine confirmed the importance of the Budapest Memorandum of December 5, 1994, and called on Russia to fulfill its previous commitments to respect Ukraine's sovereignty and territorial integrity within its internationally recognized borders.

Ukraine reaffirmed that becoming a NATO member remains its strategic priority, as recently enshrined in its legislation. The United States welcomed Ukraine's NATO aspirations, reaffirmed by the 2008 Bucharest Declaration, and looked forward to one day welcoming Ukraine into the Alliance. The United States reiterated its support for Ukrainian efforts to implement the security reforms detailed in the Law on National Security, and commended Ukraine's continuing contribution to international peace and security operations throughout the globe.

Rule of Law and Humanitarian Issues

The United States and Ukraine underscored that securing Ukraine's European future and safeguarding the country from Russian malign influences requires continued reform and strong democratic institutions, in particular a free press, vibrant civil society, and an independent judiciary delivering impartial justice.

Ukraine committed to further strengthen its democratic institutions, in particular by conducting free, fair, and secure 2019 presidential and parliamentary elections in accordance with international standards, and welcomed international support.

The United States commended Ukraine's commitment to pursue further comprehensive judicial and law enforcement reform, necessary to strengthen the rule of law in Ukraine. The United States commended Ukraine for adopting a law to establish an independent anti-corruption court that encompasses recommendations of the IMF and other international partners of Ukraine. Ukraine reaffirmed its commitment to establishing a fully functioning independent High Anti-Corruption Court and to protecting anti-corruption institutions.

Both sides highlighted the need to increase civilians' freedom of movement and improve access to government services and humanitarian assistance for Ukrainians affected by Russian aggression, including Ukrainians residing in territories temporarily controlled or occupied by Russia. The United States commended Ukraine's efforts to provide for the needs of IDPs, though both sides concurred that more work remains. The sides emphasized that the rights of all Ukrainians must be equally guaranteed. The United States and Ukraine also discussed actions on combatting trafficking in persons.

Economy and Energy

The United States reaffirmed its commitment to partner with Ukraine to develop a free and prosperous economy. The United States expressed support for the many economic reforms Ukraine has undertaken, and encouraged further reform and cooperation with the

IMF and other partners to achieve strong, sustainable, and inclusive economic growth. The United States and Ukraine underlined the importance of the work of the U.S.-Ukraine Trade and Investment Council to increase bilateral trade and investments by eliminating existing trade barriers and improving the regulatory environment and business climate.

Both sides intend to continue work together aimed at developing and reforming Ukraine's energy sector to enhance Ukraine's economy and security. Ukraine underscored its intention to expand domestic oil and gas production, unbundle the gas transit system, and welcomed the involvement of U.S. companies in these efforts, as well as in programs aimed at increasing energy efficiency. Both sides also underscored the need for continued gas transit through Ukraine, and emphasized their opposition to energy projects that threaten European energy diversity and security. In particular, the United States and Ukraine stressed the importance of continued coordination to stop proposed Russian pipelines that would hurt Ukraine's economic and strategic stability, such as Nord Stream 2 and the second line of TurkStream.

Secretary Pompeo and Minister Klimkin look forward to further strengthening the partnership between the United States and Ukraine and decided to convene the next session of the Strategic Partnership Commission in Kyiv, Ukraine.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern